



Susanne Kastner, MdB

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel.: 030/227-77332 Fax: 030/227-76267

PRESSEMITTEILUNG

„Kosteneffizienz steigern: ja Städtische Betriebe kaputt machen: nein!“

Berlin, den 7.7.2006

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und SPD-Bundestagsabgeordnete aus Maroldsweisach **Susanne Kastner** teilt hinsichtlich der wiederholt geäußerten Befürchtungen städtischer Betriebe aus der Region folgendes mit:

Zurzeit sorgt ein Positionspapier der Regulierungsbehörden von Bund und Ländern bei den Leitern Städtischer Betriebe, bei Bürgermeistern, Landräten und auch bei Bürgerinnen und Bürgern für Unruhe und Verunsicherung.

Dabei geht es, einfach ausgedrückt, um die Frage, wie die Nutzungsentgelte der Stromnetze von den Stadtwerken berechnet werden.

„Es haben sich bereits mehrere Bürgermeister aus unserer Region und auch Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände an mich gewandt, die Einnahmeeinbußen befürchten, die von den Kommunen nicht aufgefangen werden können“, berichtet Kastner.

„Wir müssen alles daran setzten, dass die Regulierungsbehörde von der sehr strengen Auslegung der Netzentgeltverordnung abkommt und die Belange der kommunalen Wirtschaft berücksichtigt. Es gilt sicherzustellen, dass die Städte und Gemeinden auch weiterhin die Möglichkeit haben, Dienste für die Allgemeinheit anzubieten und aufrecht zu erhalten. Ohne die

Gelder aus der Betreuung der Stromnetze wird dies schier unmöglich", so Kastner weiter.

Inzwischen habe die SPD-Bundestagsfraktion den zuständigen Bundeswirtschaftsminister Michael Glos angeschrieben und gebeten, die Bundesnetzagentur zur umgehenden Korrektur ihrer Position zu veranlassen.

„In einigen Punkten hat die Regulierungsbehörde aufgrund unseres Druckes bereits eingelenkt. Andere Fragen sind jedoch noch offen und müssen in den kommenden Wochen geklärt werden.“ In der letzten Woche fand ein Treffen des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Peter Struck, mit Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände statt. Dabei wurde der aktuelle Sachstand erörtert und das weitere gemeinsame Vorgehen besprochen.

„Ich werde mich auch weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Städte und Gemeinden aus unserer Region die notwendigen Mittel zur Verfügung haben, um sinnvolle Aufgaben wie etwa den öffentlichen Nahverkehr, Schwimmbäder und Parkanlagen für alle Bürgerinnen und Bürger erhalten zu können.“ so Kastner.